

ZeitZeichen

NUMMER 2 | JUNI 2025 | Magazin der Kath. Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich | 70. Jahrgang | 5 Euro | Jahresabo 17 €



70
JAHRE
ZeitZeichen

Arbeitnehmer:innen zwischen

Rezession und Spardruck

FOTO: PIXABAY/JANNO NIVERGALL



Zwischen Freiheit und Ausbeutung

Fabian Warzilek: Rückschläge im Einsatz für prekär Beschäftigte bei Lieferdiensten **Seite 6**

Standort stärken, Arbeitsplätze sichern

Reinhold Binder: Mit Zuversicht und Tatendrang aus der Krise **Seite 4**

Lohnzurückhaltung meint Lohnkürzung

Barbara Schuster: Über neoliberale Schönfärbereien in Zeiten der Wirtschaftskrise **Seite 8**

Inhalt

3 Kommentar

ANNA WALL-STRASSER

4 Standort stärken, Arbeitsplätze sichern

Mit Zuversicht und Tatendrang aus der Krise

REINHOLD BINDER

6 Zwischen Freiheit und Ausbeutung

Rückschläge im Einsatz für prekär Beschäftigte bei Lieferdiensten

FABIAN WARZILEK

8 Lohnzurückhaltung meint Lohnkürzung

Über neoliberale Schönfärbereien in Zeiten der Wirtschaftskrise

BARBARA SCHUSTER

9 Kommentar

KARL IMMERVOLL

10 „Wir vollziehen geltende Gesetze“

Zur Rolle des Arbeitsmarktservice in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten

ANNELIESE PIEBER

12 Pensionsrecht weiterentwickeln

Altersarmut der Frauen als Spitze des Eisbergs struktureller Ungleichheiten

CHRISTINE MAYRHUBER

15 Zum Tod von Papst Franziskus

ERNST FÜRLINGER

16 Er war der Unterschied

Zur Bedeutung von Marcel Callo für die KAB heute

ANNA WALL-STRASSER

18 Herausforderungen und Erfolge

Entwicklungen in der KAB Wien von 2021 bis 2025

PHILIPP KUHLMANN

20 ZeitZeichen unterstützen

Editorial 2025 befindet sich Österreich bereits im dritten Jahr in einem wirtschaftlichen Abschwung, und der Trend hält an. Die Regierung hat strikte Sparmaßnahmen beschlossen, die EU-Kommission ein Defizitverfahren gegen Österreich eröffnet. Was bedeutet die Situation für Arbeitnehmer:innen?

Vielerorts ist von gebotener „Lohnzurückhaltung“ bei den Beschäftigten die Rede. Arbeitnehmer:innen-Vertreter:innen halten dagegen und warnen vor drohenden „Lohnkürzungen“: „schöne Worte“ sollen unschöne Absichten verdecken, schreibt **Barbara Schuster**, Vize-Chefökonomin des Momentum-Instituts. Ins Bild vom „Sparen und Kürzen“ passen sich unauffällig Entwicklungen ein, die nicht einer Rezession geschuldet sind, sondern fortdauernder Verweigerung von Rechten von Arbeitnehmer:innen und dadurch anhaltendem bzw. steigendem Konkurrenzdruck von Unternehmen – so etwa im Sektor der Lieferdienste: weil ein großer Teil der Branche, die seit Corona einen unübersehbaren Aufschwung erlebt hat, den seit 2020 bestehenden Kollektivvertrag ignoriert, hat nun auch „Lieferando“ kehrt gemacht und rund 1000 fest angestellte, arbeitsrechtlich abgesicherte Mitarbeiter:innen gekündigt, um künftig wieder mit „freien Dienstnehmer:innen“, genauer: „Scheinselbständigen“ zu arbeiten. **Fabian Warzilek**, „Lieferando“-Betriebsrat und seinerzeitiger Mitverhandler des Kollektivvertrags für die Branche, berichtet und analysiert. Den Blick nach vorne richten will **Reinhold Binder**, Bundesvorsitzender der Produktionsgewerkschaft: „Was wir brauchen, ist Zuversicht und Tatendrang – für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für die Industrie“, meint er und will den Fokus auf die Wertschöpfung in Europa gerichtet wissen, auf den bereits vorhandenen Standortvorteil exzellenter Arbeitskräfte. Vonnöten seien eine Industrie- und eine Fachkräfte-Strategie, Standort-Stärkung und Arbeitsplatzsicherung – und jedenfalls keine Lohnkürzung.

Was wirtschaftlicher Wandel und Spardruck für die Ausgestaltung des Pensionssystems bedeuten? **Christine Mayrhuber**, Ökonomin am Wirtschaftsforschungsinstitut und Vorsitzende der Alterssicherungskommission, richtet ihr Augenmerk auf einen immer schon gewichtigen und nach wie vor dringend reformbedürftigen Aspekt der Alterssicherung: die Ungleichbehandlung von Frauen und Männern, die in der Altersarmut von Frauen als „Spitze des Eisbergs struktureller Ungleichheit“ gipfelt. Mayrhuber analysiert und liefert Lösungsansätze. Den Gestaltungsraum des AMS in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten lotet **Anneliese Pieber** im Interview mit der stellvertretenden Landesgeschäftsführerin des AMS Steiermark, **Ivonne Popper-Pieber**, aus. Letztere hält generell fest: „Wir vollziehen geltende Gesetze“. Außerdem in diesem Heft: die Rede von **Anna Wall-Strasser** anlässlich der Gedenkfeier für den „Martyrer der Arbeiter:innen-Jugend“ Marcel Callo und ein Überblick von **Philipp Kuhlmann**, Vorsitzender der KAB der Erzdiözese Wien, über die Entwicklungen der Organisation während der vergangenen vier Jahre – und: eine neue ZZ-Werbeaktion! **Elisabeth Ohnemus**, Chefredakteurin

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Anna Wall-Strasser, Theologin, ehem. Betriebsseelsorgerin, langjährig tätig im Bereich mensch&arbeit der Diözese Linz, ist Vorsitzende der Katholischen Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich. FOTO: PRIVAT



Was ist das Ziel unseres Wirtschaftens?

„Für die Wirtschaft gelten keine Naturgesetze. Wirtschaft funktioniert so, wie wir sie gestalten“, schreibt Rosa Lyon in ihrem Buch über Ungleichheit und die daraus erwachsenden Gefahren. Sehr klar, und sehr logisch. Die konkrete wirtschaftliche Situation in Österreich stellt der gestaltenden Kraft der Politik gerade ein schlechtes Zeugnis aus. Drei Jahre anhaltende Rezession, Arbeitslosigkeit auf einem Höchststand und ein Budgetloch, das offensichtlich durch schmerzhaftes Kürzen bei den Vielen gestopft werden soll. Ich frage mich, ob es überhaupt ein Bild, eine Vision davon gibt, wie Wirtschaft funktionieren soll. Wo wollen wir eigentlich hin mit unserem Wirtschaften? – Jede:r, die:der gern wandernd unterwegs ist, weiß, dass die Frage nach dem Ziel die entscheidende ist. Ich kann sinnvoll jeweils nur den nächsten Schritt setzen, wenn ich weiß, wohin ich will, sonst werde ich irgendwo landen oder schlimmstenfalls im Kreis irren.

Was ist das Ziel unseres Wirtschaftens? Wozu Wirtschaft? Geht es um die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse? Wird das gute Leben für alle von Anfang an mitgedacht? Im politischen Mainstream ist nach wie vor das Wirtschaftswachstum das einzig vorstellbare Ziel, ohne zu differenzieren, was wohin wachsen soll. Bisherige Produktions- und Konsumvorstellungen sind jedoch nachweislich mit einem unverantwortlichen Ressourcen- und Energieverbrauch verbunden. Wir haben nur diese eine Erde, und deren Ressourcen sind endlich. Schon lange ist klar, dass das in die ökologische Katastrophe führt. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass Wirtschaftswachstum auch keine Garantie für steigende soziale Sicherheit ist. Der trickle-down-Effekt – dass es allen gut geht, wenn es der Wirtschaft gut geht – wurde als Trugbild entlarvt. Steigende Ungleichheit weltweit, auch in den als wohlhabend geltenden Ländern, bringt immer mehr Menschen an den Rand und die Demokratie ins Wanken.

Wo wird das Ziel unseres Wirtschaftens ernsthaft diskutiert? Aktuell wird immer wieder der Ruf nach einer besseren wirtschaftlichen Bildung laut. Da bin ich auch dafür. Die darf sich aber nicht in Börsen- und Finanzbildung erschöpfen,

sondern muss sich den grundlegenden Fragen widmen: wie schaut eine gemeinsame lebenswerte Zukunft aus? Wohin soll es gehen? Dazu braucht es einen breiten gesellschaftlichen Diskurs, in den Schulen, den Kirchen, den Gemeinden. Ich bin mir sicher, dass dabei die ganz konkreten Alltagsfragen zur Sprache kämen wie gerechte Versorgung und soziale Stabilität, guter Wohnraum, würdige bedarfsgerechte Pflege und Betreuung, moderne Bildung, vielfältige Kultur, ... und das alles unter Beachtung ökologischer Wachstumsgrenzen. Die Umsetzung dieser Ziele in konkrete Schritte ist politische Gestaltungsarbeit. Das ist schwierig genug und braucht alle demokratischen gesellschaftlichen Kräfte. Aber nur, wenn die Ziele klar sind, werden sie in die richtige Richtung führen.

In memoriam Joe Mayr

Einer, der einen wesentlichen Teil der Gesellschaft, nämlich die Kirche, konkret gestaltet hat, war Prälat Josef ‚Joe‘ Mayr, der am 9. Mai 2025 verstorben ist. Er lebte seine Berufung zum Priester nach dem Prinzip Josef Cardijns – Sehen, Urteilen, Handeln. Was er als Notwendigkeit erkannte, setzte er in konkreten Projekten um, für eine soziale Kirche, in der die Arbeiter:innenschaft und gesellschaftlich benachteiligte Menschen Räume und Entwicklungsmöglichkeiten fanden. Sein Wirken ging weit über die Diözese Linz hinaus. Die KABÖ gedenkt seiner in Dankbarkeit.



FOTO: PFARRE LINZ-ST. MARGARETHEN

Standort stärken, Arbeitsplätze sichern

Mit Zuversicht und Tatendrang aus der Krise

Es werde viel gejammert, wenn es um die Wirtschaft gehe. Dabei gebe es Möglichkeiten, wieder voranzukommen, erklärt **REINHOLD BINDER**, Bundesvorsitzender der Produktionsgewerkschaft: „Was wir brauchen, ist Zuversicht und Tatendrang – für die Arbeitnehmer:innen und für die Industrie.“ Und was jedenfalls nicht helfe, sei „Lohnzurückhaltung“.

Um Österreichs Wirtschaft stand es schon einmal besser: Die Arbeitslosigkeit steigt, die Inflation ist nach wie vor auf einem hohen Niveau, und es droht ein weiteres Rezessionsjahr. Vor allem die Industrie schwächelt. Doch nicht nur in Österreich kriselt es, auch in anderen EU-Staaten ist die Situation schwierig. Die Gründe dafür sind bekannt: Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und die damit verbundenen Preissteigerungen bei Energie, die staatlich subventionierte Billigkonkurrenz aus China, etwa im Bereich E-Autos, und nicht zuletzt die erratische US-Wirtschaftspolitik, die in immer wieder neue Zolldrohungen mündet. Darüber hinaus sind wir angehalten, den CO₂-Ausstoß massiv zu reduzieren. All das sind große Herausforderungen, die wir aber stemmen können, wenn wir uns auf unsere Stärken besinnen.

Kluge Strategien für den Aufschwung

Als Industriegewerkschaft weisen wir bereits seit Jahren darauf hin, dass der



Fokus auf die europäische Wertschöpfung gerichtet werden muss. Millionen guter Arbeitsplätze sind mit der europäischen Industrie verbunden, und durch einen leistungsfähigen Produktionsstandort reduziert sich die Abhängigkeit von unsicheren Handelspartnern. Die EU-Kommission hat nun erste Vorschläge präsentiert, die einerseits dazu beitragen, den Klimawandel zu bekämpfen und andererseits den Standort stärken. Der „Clean Industrial Deal“ sieht vor, dass bei grünen Technologien mindestens 40 Prozent der Komponenten aus der EU kommen müssen, damit man den Zuschlag für öffentliche Aufträge erhält. Ebenso will man die Recyclingquote erhöhen, um unabhängiger von Importen kritischer Rohstoffe zu werden, und man strebt an, die berufliche Weiterbildung stärker zu fördern, damit ausreichend Fachkräfte für die notwendige Transformation zur Verfügung stehen.

Aber auch die neue österreichische Regierung hat die Wichtigkeit erkannt und in ihrem Programm eine „Europe first“-Strategie festgeschrieben. Umgesetzt wurde diese bereits für Photovoltaik- und Stromspeicherprojekte. Mit dem „Made in Europe“-Bonus wird um

Reinhold Binder: „Wollen wir die Industrie unterstützen, dann muss beides gewährleistet sein: Ein Umfeld, das Innovation und Wachstum zulässt, und ein fairer Umgang mit den Beschäftigten, denn sie sind es, die den Wohlstand Tag für Tag mit ihrer Leistung erwirtschaften.“ **FOTO: PRO GE**

bis zu 20 Prozent zusätzlich gefördert, wenn Bestandteile aus Österreich oder der EU stammen.

Industriestrategie und Fachkräftestrategie

All dies sind begrüßenswerte Ansätze, wir als Gewerkschaft fordern aber bereits seit Jahren eine umfassende Industriestrategie, die auf Augenhöhe mit den Sozialpartnern entwickelt werden soll. Dabei soll erhoben werden, was die Industrie benötigt, um den technologischen Wandel zu bewältigen, welche Branchen zukunftsweisend sind und was die öffentliche Hand tun kann, um genau diese Industriefelder zu stärken. Dafür braucht es aber nicht nur öffentliche Förderungen, sondern auch eine Fachkräftestrategie. Österreichs exzellente ausgebildete Arbeitnehmer:innen und die hohe Qualität, die durch sie erzielt wird, sind bereits jetzt ein Standortvorteil. Das dürfen wir nicht verspielen und müssen uns daher mit Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen darauf vorbereiten, dass wir auch in Zukunft – beispielsweise bei der Anwendung von Künstlicher Intelligenz – nicht den Anschluss verlieren. Die aktuelle Bundesregierung hat bereits angekündigt, bis Ende des Jahres eine umfassende Industriestrategie sowie eine Fachkräftestrategie ausarbeiten zu wollen.

Österreichische Erfolgsgeschichte: Die Bahnindustrie

Ein Bereich, dem in der Industriestrategie eine besondere Rolle zukommen könnte, ist die Bahnindustrie. Bereits

Reinhold Binder: „Nicht helfen wird... eine Lohnzurückhaltung, wie sie von einigen Wirtschaftsforschern gefordert wird. Lohnabschlüsse unter der Inflationsrate oder Nulllohnrunden würden nicht nur zu einer noch stärkeren Konsumzurückhaltung führen, sondern bedeuten massive Einkommensverluste.“ **FOTO: PIXABAY, JOTOLER**

jetzt ist sie eine stille Heldin unserer Wirtschaft. Österreich liegt weltweit auf Platz 1 der Pro-Kopf-Exporte von Schienenfahrzeugen und zugehöriger Ausstattung im Wert von 1,8 Mrd. Euro jährlich. Heimische Unternehmen sind zudem führend bei Gleisbaumaschinen, elektromechanischen Antrieben und Sensortechnik. Und Österreich belegt den ersten Platz bei Patenten pro Kopf und führt bei EU-weiten Investitionen in Forschung und Entwicklung im Eisenbahnbereich.

Eine aktuelle Studie der Arbeiterkammer zeigt sogar noch Verbesserungspotenzial auf. Werden die Verkehrsziele (Zielnetz 2040) eingehalten, könnten mehrere tausend Arbeitsplätze entstehen und jeder investierte Euro würde 1,2 Euro an Wertschöpfung bringen. Natürlich würde es auch bei Investitionen in den öffentlichen Verkehr eine kluge Vorgehensweise brauchen, um chinesische Billiganbieter hintan zu halten.

Irrweg Lohnzurückhaltung

Es gibt also genug Stellschrauben, an denen wir drehen können, um der Industrie wieder Aufwind zu geben. Nicht helfen wird allerdings eine Lohnzurückhaltung, wie sie von einigen Wirtschaftsforschern gefordert wird. Lohnabschlüsse unter der Inflationsrate oder Nulllohnrunden würden nicht nur zu einer noch stärkeren Konsumzurückhaltung führen, sondern bedeuten massive Einkommensverluste. Gemäß der aktuell eher niedrigen Inflationsprognose entspräche eine dreijährige Nulllohnrunde für eine Arbeitnehmerin bzw. für einen Arbeitnehmer einer Lohnkürzung in Höhe des Ur-



laubs- und Weihnachtsgeldes. Darüber hinaus sind die hohen Lohnabschlüsse der letzten Jahre auf den massiven Anstieg der Teuerung zurückzuführen. Die Gewerkschaften haben stets gefordert, Preiseingriffe vorzunehmen, vor allem bei den Energiepreisen und den Wohnkosten. Dies wurde von den Wirtschaftsforschern stets als unnötig abgelehnt. Jetzt bekennt man sich zwar zu dieser Fehleinschätzung, die Rechnung sollen aber die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bezahlen.

Wünschenswert wäre auch gewesen, wenn man mit der gleichen Vehemenz, mit der man jetzt eine Lohnzurückhaltung einfordert, Einschränkungen bei Gewinnausschüttungen verlangt hätte. Denn auch während der Krise wurden die Anteilseigner großzügig bedacht: 2022 lag die Gewinnausschüttungsquote bei 81 Prozent, 2023 bei 80 Prozent und 2024 sank sie auf immer noch stolze 64 Prozent.

Darüber hinaus werden wir nie mit Billiglohnländern konkurrieren können. Anstatt in einen Dumping-Wettbewerb einzusteigen wäre es schlüssiger, den Europäischen Binnenmarkt zu stärken. Das sichert gute Industriearbeitsplätze, trägt aufgrund der höheren europäischen Standards zum Klimaschutz bei und garantiert, dass der Wohlstand auch in den kommenden Jahren erhalten bleibt.

Hohe Standards schützen

Wachsamkeit ist auch bei den Forderungen nach Bürokratieabbau gefordert. Die EU-Kommission hat auf die Zurufe der Wirtschaft reagiert und das sogenannte Omnibus-Paket vorgestellt. Auch die österreichische Bundesregierung will Vorschriften durchforsten und dadurch Erleichterungen für Unternehmen erreichen. Nun besteht aber die Gefahr, dass der Bürokratieabbau als Deckmäntelchen für die Beschneidung von Arbeitnehmerrechten benutzt wird. Österreich zeichnet sich durch ein hohes Niveau an Schutzstandards aus. Dass diese effektiv sind, zeigen die Zahlen der AUVA. Die Arbeitsunfälle sind seit den 1980ern massiv zurückgegangen und verharren nach wie vor auf relativ niedrigem Niveau. Keinen Eingriff darf es auch bei Arbeitszeitdokumentationen und ähnlichem geben, denn dies wäre allein zum Nachteil der Beschäftigten. Der Industriestandort Österreich zeichnet sich nicht nur durch modernste Technologie aus, sondern auch durch soziale Sicherheit und damit verbundene starke Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wollen wir die Industrie unterstützen, dann muss beides gewährleistet sein: Ein Umfeld, das Innovation und Wachstum zulässt, und ein fairer Umgang mit den Beschäftigten, denn sie sind es, die den Wohlstand Tag für Tag mit ihrer Leistung erwirtschaften. ■

Zwischen Freiheit und Ausbeutung

Rückschläge im Einsatz für prekär Beschäftigte bei Lieferdiensten

FABIAN WARZILEK kennt nicht nur den Alltag von Fahrradkurieren, er ist Mitgründer des Betriebsrats der Firma „Lieferando“, engagiert sich als Gewerkschafter generell für bessere Arbeitsverhältnisse im Bereich der Plattformarbeit und verhandelt gemeinsam mit der Gewerkschaft vida und dem „Riders Collective“ den seit 2020 bestehenden Kollektivvertrag für Fahrradkuriere. Aber das Klima wird für Plattformarbeitende wieder rauer: die Kollektivvertragsverhandlungen für Fahrradkuriere gestalten sich zäh, „Lieferando“ hat dem Druck der Konkurrenz nachgegeben und seine rund 1000 ordentlich angestellten Zusteller:innen gekündigt. Ein Bericht von Fabian Warzilek über „Scheinselbständigkeit“ und Ausbeutung.

Die orangen, pinken und türkisen Rucksäcke sind allgegenwärtig: Ob Wien, Graz oder Linz – Fahrradbot:innen prägen das Stadtbild. Sie liefern Pizza, Sushi, Burger, Drogerieartikel und sogar Blumen. Bequem für viele Kund:innen in Österreich. Doch wer sind jene, die bei Wind und Wetter unsere Mahlzeit bringen? Ein genauerer Blick offenbart eine Realität, die beunruhigend ist und auch in anderen Branchen Einzug hält.

Die bunten Zusteller:innen sind sichtbar – aber die Menschen dahinter bleiben oft unsichtbar. Die Zeiten, in denen Studierende nebenbei als Fahrradkuriere arbeiteten, sind vorbei. Die sogenannten „Rider“ arbeiten mittlerweile in Teil- oder Vollzeit. Was 2016 ein Nebenjob war, wurde während der Pandemie zum Broterwerb tausender Mitbürger:innen. Viele stammen aus Drittstaaten, sprechen kaum Deutsch, kennen die Gesetze nicht und sind froh, überhaupt arbeiten zu dürfen. Sie haben keine Lobby, keine Stimme.

Ein von der Arbeiterkammer finanziertes Projekt des ÖGB, das Riders Collective, versucht, diesen Menschen eine Stimme zu geben. Trotzdem scheuen sich viele, für ihre Rechte einzutreten. Zu groß ist die Angst, anzuecken. Sie sind nicht vernetzt, starten von zu Hause und sind den ganzen Tag unterwegs. Hier zeigt sich eines der vielen Probleme dieser Arbeit: Gemeinsames Handeln wird praktisch verhindert. Dabei galten gerade die Bot:innen während

der Pandemie als „systemrelevant“. Sie ermöglichten es anderen, daheim zu bleiben und hielten die Gastronomie am Leben. Ihre Lage hat sich dennoch nicht verbessert. Viele leben von Monat zu Monat, in Wohngemeinschaften



Fabian Warzilek: „Die „Geiz ist geil“-Mentalität greift um sich und gibt uns als katholischer Arbeiter:innenbewegung eine klare Aufgabe: Jene zu stärken, die am Rande stehen.“

FOTO: PRIVAT

oder Notunterkünften. Urlaub ist ein Fremdwort, Erholung ein Luxus.

Gig-Economy – Freiheit oder Fessel?

Lieferdienste wie „Foodora“ oder „Wolt“ sind Teil der Gig-Economy, einer Arbeitswelt, in der Menschen kurzfristig Aufträge übernehmen. Über digitale Plattformen werden „Orders“ von Milliardenkonzernen an Fahrer:innen

vermittelt. Die Unternehmen sprechen von „flexiblen“, „modernen“ Jobs. Tatsächlich bedeutet diese moderne Freiheit: fehlende soziale Absicherung, unsichere Arbeitszeiten, hoher Leistungsdruck und ungewisse Gehälter. Die Rider sind freie Dienstnehmer:innen oder „Selbstständige“. Als solche sind sie zumindest auf dem Papier nicht weisungsgebunden, bestimmen ihren Arbeitsablauf selbst, haben aber dafür keinen Anspruch auf arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen, Urlaubs- oder Weihnachtsgeld. Doch wie frei ist man, wenn bei einer abgelehnten Lieferung automatisch eine Pausierung erfolgt und dadurch Bonuszahlungen verloren gehen? Wie selbstbestimmt ist der Arbeitsablauf, wenn Lieferungen pünktlich per Fahrrad an vorgegebene Adressen erfolgen müssen? Oft wird daher von „Scheinselbständigkeit“ gesprochen, davon, dass internationale Konzerne Arbeitsrecht umgehen, Gesetze kreativ auslegen und Gerichtsprozesse mit teuren Anwälten in die Länge ziehen.

„Lieferando“ und die Anpassung nach unten

Die Zustellfirma „Lieferando“ stellte bislang alle Rider mit fixen Verträgen an und verzichtete auf freie Dienstnehmer:innen. Ruhezeiten wurden eingehalten, Urlaubs- und Weihnachtsgeld regulär bezahlt. Fahrrad, Helm, Regenjacken und -hosen wurden ebenso gestellt wie Sonnenbrillen, Handschuhe und Desinfektionsmittel. Und es gab einen Betriebsrat, der sich österreich-



Fabian Warzilek: „Lieferdienste wie „Foodora“ oder „Wolt“ sind Teil der Gig-Economy, einer Arbeitswelt, in der Menschen kurzfristig Aufträge übernehmen... Die Unternehmen sprechen von „flexiblen“, „modernen“ Jobs. Tatsächlich bedeutet diese moderne Freiheit: fehlende soziale Absicherung, unsichere Arbeitszeiten, hoher Leistungsdruck und ungewisse Gehälter.“ FOTO: PIXABAY, BILDERWELT68

weit um die Anliegen der Kuriere kümmerte und das Arbeitsgesetz vor dem Obersten Gerichtshof durchsetzte. Die Konkurrenz lachte sich ins Fäustchen, denn freie Dienstnehmer:innen haben kein Anrecht auf all das. Wenn niemand bestellt, dann bekommen sie auch kein Geld. Bei „Lieferando“ wurde pro Stunde und nach Kollektivvertrag bezahlt.

Die Konkurrenz konnte in der Zwischenzeit neue Kund:innen mit Gutscheinen anlocken. Der Markt ist ungleich – zu Lasten jenes Konzerns, der sich korrekt verhalten will. Bei den KV-Verhandlungen, die seit 2023 stocken, zeigte sich, dass „Lieferando“ sein Geschäftsmodell nicht ewig sozial verträglich halten kann. Der Wettbewerbsnachteil ist zu groß, der Liefersektor wird von den ausbeuterischen Konzernen dominiert. „Lieferando“ passte sich schließlich dem „Branchenstan-

dard“ an: Künftig wird es nur noch freie Dienstnehmer:innen geben. Alle bisherigen Arbeitnehmer:innen wurden gekündigt, über 1.000 Menschen verloren ihre Arbeit.

Untätige Politik

Trotz der mahnenden Worte von Betriebsräten und des „Riders Collective“ blieb die Politik untätig. Ex-Arbeitsminister Kocher sprach öffentlich von „wenig Handlungsbedarf“. Und das trotz einer EU-Richtlinie zur Plattformarbeit, die die Rechte von Plattformarbeitenden stärken soll. Österreich hat bis Ende 2026 Zeit, diese umzusetzen – die neue Arbeitsministerin Korinna Schumann möchte hingegen schneller handeln. Für die Beschäftigten bei „Lieferando“ kommt das aber zu spät. Ihnen werden gewerkschaftliche Erregenschaften genommen, und das ausgerechnet im Jubiläumsjahr „80 Jahre ÖGB“.

Christliche Soziallehre und der Wert der Arbeit

Auch aus Sicht der katholischen Kirche ist die Aushöhlung von Arbeitsrechten alarmierend. Ende 2023 schrieb Papst Franziskus in einem Brief von „Jobs, die so kurz sind, dass man sein Leben nicht planen kann“. Er beklagte „entmenslichte Arbeit“ und einen Mangel an menschlichen Beziehungen, „die im Namen des Profits geopfert werden“. Er verurteilte Stress, Druck und Überarbeitung, die „fiebrige Hektik am Arbeitsplatz, wo die Zeit nie genug zu sein scheint und Produktivitätszwänge immer erdrückender werden“. Im Alten Testament wird dieses Thema ebenso aufgegriffen, als Gott sprach, er werde all jene richten, die Tagelöhner ausbeuten und Fremden ihr Recht verweigern (Mal 3,5). Im Lukasevangelium wird das nochmal unterstrichen: „Wer arbeitet, ist seines Lohnes wert“ (Lk 10,7).

lesen Sie weiter auf S. 19 ▶

Lohnzurückhaltung meint Lohnkürzung

Über neoliberale Schönfärbereien in Zeiten der Wirtschaftskrise

Die österreichische Wirtschaft steckt in einer tiefen Krise, auch 2025 ist nach zwei vorangegangenen Rezessionsjahren mit einer weiteren Schrumpfung zu rechnen. Den Arbeitnehmer:innen wird seitens Expert:innen anempfohlen, sich in „Lohnzurückhaltung“ zu üben, aber das, meint **BARBARA SCHUSTER**, stellvertretende Chefökonomin am Momentum-Institut, ist nur ein „schönes“ Wort dafür, dass man Beschäftigten das Gehalt kürzen möchte, indem man ihre Löhne nicht an die Teuerungsrate anpasst.



Barbara Schuster: „Gute Lohnabschlüsse brauchen... nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die Wirtschaft selbst, der sonst die Luft ganz auszugehen droht.“ FOTO: JESSICA ZEKAR

„Zurückhaltung“ klingt gediegener. Wie etwas, das man aus freien Stücken macht, man hält sich einfach ein wenig zurück – das kann doch keine große Sache sein. Oder? Aber so tugendhaft die neoliberale Schönfärberei auch klingen mag, im Leben der Menschen, die sich jetzt doch bitte ein bisschen ‘zurückhalten mögen’, schlägt sich eine Lohnkürzung knallhart nieder. Und das nicht nur in der eigenen, individuellen Geldbörse. Die negativen

Konsequenzen bekommt die ganze Wirtschaft zu spüren.

Wie Inflation und Löhne zusammenhängen

Unternehmen erhöhen Preise, mal mehr – mal weniger und das mehrmals im Jahr. Nun berappen Beschäftigte im Normalfall ein ganzes Jahr lang die höheren Preise mit ihrem Gehalt, bis dann nach Monaten im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen die Löhne an die Inflation des vergangenen Jahres angepasst werden. Sie gehen also Jahr für Jahr in Vorleistung, bis die Löhne endlich zur Inflation aufholen. Gerade in den letzten Jahren war die Inflation enorm, kaum ein anderes westliches EU-Land hat mit so einer hohen und hartnäckig andauernden Inflation gekämpft wie Österreich. Der Auslöser waren die enormen Preisanstiege von russischem Gas – wovon Österreich stark abhängig war und was auch die Preise für andere Energie, etwa Strom, nach oben peitschte.

Die Energie-Preislawine

Energie steckt eben überall drin. Im Schnitzel vom Wirt bis zur Gurke im Supermarkt – selbst in Dienstleistungen. Unternehmen haben die höheren Energiepreise an die Kundschaft weitergereicht. Etliche von ihnen haben aber im Windschatten der Energiekrise ihre Preise viel stärker erhöht als es aufgrund der höheren Energiepreise nötig gewesen wäre. Hinzu kommen Versäumnisse der Re-

gierung, durch gezielte Preiseingriffe die Inflation zumindest zu dämpfen. Ein guter Teil der Preisexplosion ist somit hausgemacht.

Was passiert, wenn die Inflation davon galoppiert und die Löhne nicht an sie angepasst werden? Den Menschen bleibt real immer weniger Geld, sie können sich darum immer weniger leisten. Auf das Konto kommt dieselbe Summe, aber die Preise sind höher, und sie steigen auch weiterhin. Verzichtet wird gezwungenermaßen also auf alles, was nicht unbedingt notwendig ist, vor allem bei den einkommensärmeren Haushalten. Das ist etwa die Alleinerzieherin, die jeden Euro fünfmal umdreht, damit auch am letzten des Monats ein warmes Essen am Tisch steht. Aber die enorme Inflation der letzten Jahre hat selbst Haushalte verunsichert, die finanziell eigentlich gut abgesichert sind. Was ihnen überbleibt, legen sie lieber auf die Seite, denn die nächste Strom- oder Mieterhöhung ist schneller da als man schauen kann, das haben die letzten Jahre eindrücklich gezeigt.

Das ist allerdings absolutes Gift in einer strauchelnden Wirtschaft, denn haben Haushalte weniger Geld und geben weniger aus, dann fehlen auch die Umsätze bei den Unternehmen. Gute Lohnabschlüsse brauchen also nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die Wirtschaft selbst, der sonst die Luft ganz auszugehen droht. ■

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Karl Immervoll ist Theologe, Schuhmacher und Musiker, war Pastoralassistent für Betriebsseelsorge im oberen Waldviertel und unterrichtete an der Lehranstalt für Pastorale Berufe und beim Musikschulverband Heidenreichstein mit Schwerpunkt „Musizieren im Sozialen Raum“. Er leitete den Lehrgang HINGEHEN für Seelsorge und christliches Engagement in der Arbeitswelt und ist seit März 2021 Bundesseelsorger der KABÖ.

FOTO: ERHARD HOIS



Menschsein – Mensch bleiben dürfen

Paul geht kaum mehr außer Haus. Er arbeitete fast 20 Jahre als Vertreter für eine Firma; Angestellt, eines Tages wurde seine Tätigkeit ausgelagert. Paul hatte keine wirkliche Wahl: Mit über 50? Gehen oder in Selbstständigkeit weitermachen?! Um einigermaßen auf die gleiche Summe zu kommen arbeitet er noch mehr als zuvor, fährt – mit eigenem Auto – mehr Kilometer denn je. Es dauert nicht lange und Paul ist am Ende: Erschöpft! Es folgen Krankenhaus, REHA und weiterer Krankenstand.

Paul fühlt sich ausgeschlossen. Kein Gasthaus, kein Kaffeehaus, einkaufen geht seine Frau. Er will nicht hören, dass er „fürs Nichtstun Geld bekommt, während sich andere abschulften!“ Niemand, wer nicht selbst mal betroffen war, kann sich vorstellen, was das bedeutet, nämlich das Gefühl nicht mehr dazuzugehören. Wie aber Mitarbeiter:innen in Betrieben „entsorgt“ werden, weil sie zu alt, zu langsam, krank, weiblich oder als nicht geeignet empfunden werden, das wird kaum betrachtet. Gleichzeitig bedeutet Arbeitslosigkeit ungeheuren Stress: Das zur Verfügung stehende Geld ist mit einem Schlag nur mehr etwas mehr als die Hälfte des erwerbsmäßigen Bezugs. Damit bis Monatsende auszukommen, zu hoffen, dass nichts kaputt geht, keine größere Investition ansteht, Kindern alles Notwendige für Schule und Freizeit zur Verfügung steht, Rückzahlungen, wenn noch ein Kredit läuft. Es ist eine immense Herausforderung. Dazu kommt der Druck, bei Betrieben vorstellig werden zu sollen und dies beim nächsten Termin im Arbeitsmarktservice nachweisen zu können, um ja nicht aus dem Bezug zu fallen. Trotzdem passiert dies relativ häufig, denn die Kriterien der Zumutbarkeit – das betrifft vor allem Pendelstrecke und Arbeitszeit – steigen ständig. Auch Arbeitsbedingungen werden in manchen Bereichen immer restriktiver. Wer glaubt, dass mit Druck Menschen schneller zu einem Arbeitsplatz kommen, irrt. Denn in solchen Situationen gilt es zu überleben, und das ist kräfteaufwendend. Notwendend wäre echte Hilfe! Aber davon sind wir weit entfernt.

Noch immer gilt: Unternehmer:innen stellen Arbeitsplätze zur Verfügung, und Menschen sollen sich in Dankbarkeit den Bedingungen anpassen. Hilfe wird nur jenen gegeben, die sie „verdienen“.

Der Philosoph Byung-Chul Han¹ beschreibt, wie im neoliberalen System menschliche Strukturen abgebaut werden, das Bindende und Verbindliche fällt, Angst und Unsicherheit zunehmen. So entsteht Vereinzelung, gleichzeitig Konkurrenz und Entsolidarisierung. Der Trugschluss dabei ist die Annahme, dass Angst die Produktivität erhöht. Die Menschen, die hinter dieser Diskussion stehen, werden nicht gesehen. Die oder der andere manifestiert sich durch Blick und Stimme – aber wie, wenn wir den Betroffenen nicht begegnen? Sie nehmen sich selbst vorsichtshalber aus der Öffentlichkeit. Das macht die Betroffenen stimm- und blicklos, es wird ihnen dieserart die Aufmerksamkeit entzogen.

Es ist die Pflicht einer Gesellschaft für bessere Rahmenbedingungen zu sorgen. Für den Schriftsteller Dimitré Dinev² ist das Gesicht des anderen eine Frage. In seiner Erscheinung kommt alles zusammen: Botschaft, Ruf, Vorwurf, Ohnmacht, Hilflosigkeit, ... Es stellt uns unausweichlich die Frage nach unserer Verantwortung. Eine mögliche Antwort ist für ihn Barmherzigkeit, Barmherzigkeit als ein Akt des Dialogs. Und das geht weit über Solidarität hinaus. Es ist eine Frage der Menschlichkeit.

¹ Han, Byung-Chul: Die Austreibung des Anderen. Frankfurt/Main 2016

² Dinev, Dimitré: Barmherzigkeit. St. Pölten 2010

„Wir vollziehen geltende Gesetze“

Zur Rolle des Arbeitsmarktservice in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten

Womit sieht sich ein Arbeitsmarktservice angesichts von Teuerung, Spardruck und wirtschaftlicher Rezession konfrontiert? Was ist sein Gestaltungsraum? ANNELIESE PIEBER, die neu gewählte Vorsitzende der Katholischen Arbeitnehmer:innen Bewegung Steiermark, hat darüber mit der stellvertretenden Landesgeschäftsführerin des AMS Steiermark, YVONNE POPPER-PIEBER, gesprochen und einen speziellen Blick auf die Situation in der Steiermark geworfen.

AP Wie wirkt sich der Spardruck der Bundesregierung konkret auf Menschen ohne Erwerbsarbeit aus?

YPP Wir leben in wirtschaftlich herausfordernden, unsicheren Zeiten: Österreich befindet sich gerade im dritten Rezessionsjahr in Folge, die Teuerung macht vielen Menschen zu schaffen. Global sorgt die erratische Zollpolitik von US-Präsident Trump für Turbulenzen. Hinzu kommen das hohe Budgetdefizit unseres Landes und der dadurch notwendige Sparkurs der Bundespolitik. Das werden wir alle in unseren Geldbörsen spüren, in unterschiedlichem Ausmaß und Menschen ohne Erwerbsarbeit wohl etwas stärker.

Ich möchte aber betonen, dass das AMS bei der Auszahlung des Arbeitslosengeldes bzw. der Notstandshilfe keinen Spielraum hat, wir vollziehen geltende Gesetze. Eine allfällige Änderung oder Erhöhung müsste die Politik beschließen.

Wie stehen Sie zur Reform bzw. Streichung der Bildungskarenz?

Bei der Bildungskarenz in der bisherigen Form hatte das AMS keine inhaltliche Einflussmöglichkeit – sobald zwischen Arbeitgeber:in und Beschäftigter:m eine Bildungskarenz vereinbart wurde, war das AMS rein für die Auszahlung zuständig. Die Bildungskarenz hat ihre grundsätzliche arbeitsmarktpolitische Zielsetzung aber selten erreicht, vielfach wurde sie zur Verlängerung der Elternkarenz genutzt und verursachte zudem zunehmend höhere Kosten. Aus Sicht des AMS ist es daher zu begrüßen, dass mit der



Yvonne Popper-Pieber: „Ich möchte aber betonen, dass das AMS bei der Auszahlung des Arbeitslosengeldes bzw. der Notstandshilfe keinen Spielraum hat, wir vollziehen geltende Gesetze.“ FOTO: FISCHER

neuen angedachten Weiterbildungszeit ab nächstem Jahr ein treffsichereres Instrument vor allem für niedrigqualifizierte Personen entstehen soll, um ihre Chancen am Arbeitsmarkt zu steigern. Regelmäßige Meldungen über den Erfolg und die Einbindung des AMS helfen, die Ernsthaftigkeit und den Erfolg dieser Bildungsmaßnahme zu erhöhen. Wir warten aber natürlich noch auf die Details der neuen Weiterbildungszeit.

Was erwarten Sie sich von der Streichung der Zuverdienstgrenze?

Wir haben uns immer für einen Wegfall oder eine zeitliche Befristung der Möglichkeit des geringfügigen Zuverdienstes neben dem Arbeitslosengeld ausgesprochen, da diese Situation zu einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit führen kann. Unser Ziel ist es, Menschen in eine vollversicherungspflichtige und existenzsichernde Beschäftigung zu bringen – wir glauben daher, dass die Abschaffung des Zuverdienstes dazu führen kann, dass mehr betroffene arbeitssuchende Menschen Vollzeit- oder Teilzeitstellen annehmen bzw. die Unternehmen diese verstärkt anbieten. Denn trotz der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gibt es nach wie vor auch genügend offene Stellen. Gleichzeitig begrüßen wir die geplanten Ausnahmen eines befristet gestatteten, geringfügigen Zuverdienstes für ältere und langzeitarbeitslose Personen, da so die Rückkehr in den Arbeitsmarkt erleichtert werden kann. 2024 waren übrigens in der Steiermark im Schnitt etwas über 3200 arbeitslos vorgemerkte Personen neben dem Arbeitslosengeld- bzw. Notstandshilfebezug geringfügig beschäftigt, das sind rund neun Prozent der im Schnitt 35.000 arbeitslos vorgemerkten Personen. Im Großraum Graz allein waren es fast 2000 Personen.

Welche Maßnahmen wären Ihrer Meinung nach nötig, um mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen, insbesondere Frauen, ältere Menschen...?

Wir müssen alle bestehenden Potenziale am Arbeitsmarkt voll ausschöpfen.

Es sind nach wie vor überwiegend Frauen, die für Kindererziehung, für Care-Arbeit zuständig sind. Jede zweite berufstätige Frau in der Steiermark ist in Teilzeit beschäftigt – mit entsprechend gravierenden Auswirkungen auf das Lebenseinkommen und die spätere Pensionshöhe. Es braucht daher in erster Linie einen weiteren Ausbau einer flächendeckenden und leistbaren Kinderbetreuung, aber auch ein Umdenken in den Unternehmen. Das gilt auch für ältere Arbeitnehmer:innen, die viel Routine und ein hohes Maß an Loyalität und Verlässlichkeit mitbringen. Die Erwerbsbeteiligung älterer Personen ist aber in Österreich, im internationalen Vergleich, immer noch verhältnismäßig gering – hier ist mehr Bewusstsein gefragt, aber auch konkrete Maßnahmen, Stichwort altersgerechtes Arbeiten.

Wie schätzen Sie die Entwicklung in den kommenden Jahren insbesondere in der Steiermark ein?

Noch mehr als die jetzt seit zwei Jahren steigenden Arbeitslosenzahlen wird die Steiermark in der näheren Zukunft der demografische Wandel und der damit sich verschärfende Fachkräftemangel beschäftigen. Jährlich gehen doppelt so viele Angehörige der Babyboomer-Generation in Pension wie jüngere Altersgruppen am Arbeitsmarkt nachrücken.

Es gibt fünf Hebel, um dieser großen wirtschafts- wie gesellschaftspolitischen Herausforderung entgegenzuwirken: Das erste ist eine bessere Berufsorientierung in den Schulen sowie eine weitere Stärkung der dualen Ausbildung, also der Lehre. Zweitens geht es darum, arbeitslose Menschen höher zu qualifizieren. Mit den arbeitsplatznahen Ausbildungen verfügt das AMS hier über ein besonders effizientes und zielführendes Instrument – künftige Fachkräfte werden direkt im Betrieb nach den konkreten Anforderungen geschult. Die Punkte drei und vier habe ich bereits erwähnt: eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie älteren Personen. Zu guter Letzt ist

eine qualifizierte Zuwanderung notwendig, das erfordert aber auch eine neue Willkommenskultur hierzulande. Ganz grundsätzlich verändert sich die Arbeitswelt stetig, steigen die Anforderungen, wirken sich Digitalisierung und Ökologisierung immer stärker aus.

losenzahlen, erhöht sich die Belastung – insbesondere in Spitzenzeiten wie im Winter mit der saisonalen Arbeitslosigkeit etwa am Bau. Wir bemühen uns, trotz sinkender Personalressourcen, bestmöglich unter den vorliegenden Rahmenbedingungen um die Betreu-



Yvonne Popper-Pieber: „Noch mehr als die jetzt seit zwei Jahren steigenden Arbeitslosenzahlen wird die Steiermark in der näheren Zukunft der demografische Wandel und der damit sich verschärfende Fachkräftemangel beschäftigen. Jährlich gehen doppelt so viele Angehörige der Babyboomer-Generation in Pension wie jüngere Altersgruppen am Arbeitsmarkt nachrücken.“

FOTO: ISTOCK/BULENTBARIS

Angesichts dieser Herausforderungen ist es besonders wichtig, gerade jene Menschen gut zu unterstützen, die bei diesem erhöhten Tempo nur schwer mitkommen.

Welche Auswirkungen haben die steigenden Arbeitslosenzahlen auf Ihre Mitarbeiter:innen?

Nicht zuletzt in der Coronakrise haben unsere Kolleginnen und Kollegen enormes Engagement und viel Einsatzbereitschaft unter Beweis gestellt. Aber natürlich spüren auch wir die seit geraumer Zeit wieder steigenden Arbeits-

losenzahlen und unserer arbeitssuchenden Kundinnen und Kunden.

Gibt es Kooperationen mit dem Fonds für Arbeit und Bildung?

Wir arbeiten bereits seit vielen Jahren gerne und regelmäßig mit dem Fonds für Arbeit und Bildung zusammen. Zudem werden wir auch jährlich am „Tag der Arbeitslosen“ am 30. April vom Fonds besucht, es werden dann arbeitssuchenden Personen vor den AMS-Geschäftsstellen sowie unseren Mitarbeitenden Rosen als Zeichen der Wertschätzung überreicht. ■

Pensionsrecht weiterentwickeln

Altersarmut der Frauen als Spitze des Eisbergs struktureller Ungleichheiten

Wirtschaftlicher Wandel und Spardruck: Was bedeutet das für die Ausgestaltung des Pensionssystems?

CHRISTINE MAYRHUBER, Ökonomin am Wirtschaftsforschungsinstitut und Vorsitzende der Alterssicherungskommission in Österreich, richtet ihr Augenmerk auf einen immer schon gewichtigen und nach wie vor dringend reformbedürftigen Aspekt der Alterssicherung – die umfassende, strukturell bedingte Ungleichheit von Frauen und Männern, die in der Altersarmut von Frauen als „Spitze des Eisbergs struktureller Ungleichheiten“ gipfelt. Mayrhuber analysiert den status quo und skizziert Lösungsansätze.

Für einen Großteil der österreichischen Bevölkerung bilden Erwerbseinkommen die finanzielle Lebensgrundlage. Diese Lebensgrundlagen sind zwischen Frauen und Männern sehr ungleich verteilt. Zwar ist die

und die daraus abgeleiteten Sozialleistungen Frauen keine finanzielle Unabhängigkeit.

Das zeigt sich besonders deutlich an den Pensionseinkommen der Frauen: 60% von ihnen müssen mit Monatspensionen leben, die brutto weniger als 1.200 Euro betragen – und das nach einem arbeitsreichen Leben. Die jüngste Zeitverwendungserhebung von Statistik Austria bestätigt, dass Frauen deutlich mehr arbeiten als Männer – allerdings im gesellschaftlich zentralen, aber unbezahlten Bereich der Sorgearbeit.

Die Altersarmut von Frauen ist die Spitze des Eisbergs tiefgreifender struktureller geschlechtsspezifischer Benachteiligungen („Gender Gaps“).

Sie ist Ausdruck kumulierter Ungleichheiten über den gesamten Erwerbs- und Lebensverlauf hinweg – und diese Ungleichheiten sind vielfältig:

Bildungsentscheidungs-Gap

Bereits beim Übergang von der Volksschule in die nächste Schulstufe unterscheiden sich die Bildungswege: Mädchen wechseln mit 40% häufiger als Buben in die AHS-Unterstufe und später auch in die AHS-Oberstufe. Buben entscheiden sich öfter für eine Lehre oder den Besuch einer berufsbildenden mittleren oder höheren Schule. Der Mädchenanteil in technischen Ausbildungen ist mit nur einem Fünftel

nach wie vor gering. Auch an höheren technischen Schulen und Hochschulen liegt der Frauenanteil der Absolvent:innen bei nur einem Drittel (BKA, 2024). Diese Bildungswahl in jungen Jahren beeinflusst jedoch maßgeblich die späteren Arbeitsmarktchancen.

Berufswahl-Gap

Männer wählen häufiger technische und naturwissenschaftliche Ausbildungen, während Frauen meist Berufe in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales ergreifen. In der Altersgruppe der 25- bis 64-Jährigen haben 51% der Männer, aber nur 9% der Frauen einen Abschluss in einem MINT-Fach (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Das wirkt sich direkt auf das Einkommen aus: Bereits 1,5 Jahre nach einem Studienabschluss verdienen Frauen im Durchschnitt 64% weniger als Männer. Bei anderen Bildungswegen ist der Einkommensunterschied sogar noch größer (BKA, 2024). Zwar haben Frauen insgesamt beim Bildungsniveau aufgeholt, doch die Fachrichtungen – und damit die Einkommensprofile – sind nach wie vor stark geschlechtsspezifisch geprägt.

Beschäftigungs-Gap

Im Jahr 2024 waren in der Altersgruppe der 15- bis 64-Jährigen 72,9% der Frauen und 83,6% der Männer erwerbstätig – ein Unterschied von fast zehn Prozentpunkten. Trotz der Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit gab es keine entsprechende Übernahme



Christine Mayrhuber: „Ein möglicher Schritt wäre, die bisher angerechnete Sorgearbeit höher zu bewerten. Zusätzlich sollte auch unbezahlte Sorgearbeit stärker einbezogen werden – über die bisher vorgesehene Anerkennung hinaus. Eine weitere Option wäre die Einführung eines Aufwertungs-faktors im Pensionskonto.“ **FOTO:** ISTOCK/DOBRILA VIGNJEVIC

der Sorgearbeit durch Männer. Daher ist der Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen in Österreich weiterhin hoch, was ihre finanzielle Unabhängigkeit einschränkt. Hinzu kommt, dass viele Berufe und Branchen mit hohem Frauenanteil ein niedriges Einkommensniveau aufweisen – auch bei Vollzeit-erwerbstätigkeit. Teilzeiteinkommen ermöglichen daher meist kein finanziell autonomes Leben.

Gender Pay Gap

Die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der Frauen lagen im Jahr 2022 mit 12,57 € um 26% unter dem Durchschnitt der Männer (16,90 €). Werden nur Ganztages- und Vollzeitbeschäftigte betrachtet, verdienen Frauen im Durchschnitt sogar 33% weniger als Männer (Statistik Austria,

2024). Selbst wenn Unterschiede in Arbeitszeit, Ausbildung, Berufserfahrung etc. berücksichtigt werden, bleibt eine bereinigte Einkommensdifferenz von 6,2% bestehen (Böheim et al., 2025). Das heißt: Selbst der Vergleich von Frauen und Männern mit identischen beruflichen Merkmalen ergibt einen strukturellen Einkommensnachteil für Frauen.

Care-Arbeits-Gap

Die ungleiche Verteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern ist eng miteinander verknüpft – denn der Tag hat nur 24 Stunden. Die jüngste Zeitverwendungserhebung von Statistik Austria zeigt: Frauen verbringen werktags durchschnittlich 2 Stunden und 59 Minuten pro Tag mit Erwerbs-

arbeit, aber 3 Stunden und 42 Minuten mit Sorgearbeit. Bei Männern ist es umgekehrt: Sie arbeiten im Schnitt 4 Stunden und 51 Minuten erwerbstätig, aber nur 2 Stunden im Haushalt oder in der Sorgearbeit. Schon Mädchen übernehmen im Haushalt mehr Aufgaben. Im Erwerbsalter leisten Frauen den Großteil der unbezahlten Arbeit – und auch im Pensionsalter tragen sie mehr Pflege-, Sorge- und Hausarbeit als Männer.

Macht-Gap

Auch Entscheidungspositionen in Unternehmen, Politik, öffentlicher Verwaltung und Medien sind ungleich verteilt. In den 200 größten Unternehmen in Österreich sind nur 11% der Geschäftsführer:innen Frauen. In den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen



Christine Mayrhuber: „Es braucht eine Weiterentwicklung des Pensionsrechts, die die Lebensrealitäten von Frauen besser berücksichtigt und die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit ausgleicht.“ **FOTO:** WIFO

Erwerbsbeteiligung von Frauen in den vergangenen Jahren deutlich stärker angestiegen als jene der Männer, dennoch garantieren Erwerbseinkommen

liegt der Frauenanteil bei 30%, im Nationalrat bei 36% und unter den Bürgermeister:innen beträgt der Anteil gerade einmal 10% (BKA, 2024).

Pensions-Gap

Da die Pensionshöhe von der Zahl der Versicherungsjahre und dem Erwerbseinkommen abhängt, ist die Höhe der Erstpension die Bilanz der Ungleichheitsstrukturen bis zum Pensionszeitpunkt: Eine neu zuerkannte Alterspension an selbständig Erwerbstätige Frauen erreichte 2024 mit 829 € im Monat gerade einmal 32% der Männerpension, der Pensions-Gap betrug hier 68%. Bei Arbeiterinnen war mit 973€ der Gap bei 45%, bei angestellten Frauen 35% und bei Bäuerinnen 27%. Wobei noch immer nicht alle Frauen einen eigenständigen Pensionsanspruch haben, weil ihnen die dafür notwendigen Erwerbsjahre fehlen.

Armuts-Gefährdungs-Gap

Die Spitze des Eisbergs ist die Armutsgefährdungsquote von alleinlebenden Frauen im Pensionsalter: Während in der Gesamtbevölkerung 10% armutsgefährdet sind, liegt dieser Anteil bei Frauen im Alter von 65 Jahren und mehr bei 18% und bei alleinlebenden Frauen dieser Altersgruppe sogar bei 28%, das sind rund 105.000 Frauen (Statistik Austria 2025).

Mit dieser nicht abschließenden Liste geschlechtsspezifischer Unterschiede zeigen sich sowohl die vielschichtigen strukturellen Benachteiligungen als auch die enge wechselseitige Verflechtung von Erwerbs- und Privatsphäre. Damit wird deutlich, dass der Gender Pension Gap nicht allein durch Unterschiede in der Erwerbsarbeit erklärt werden kann, da diese lediglich einen Teil der gesellschaftlichen Aktivitäten und Strukturen abbildet.

Es braucht eine Weiterentwicklung des Pensionsrechts

Einzelne Frauen können an tief verankerten gesellschaftlichen Struktu-

ren nur wenig ändern – diese liegen meist außerhalb ihres Einflussbereichs. Deshalb braucht es eine Weiterentwicklung des Pensionsrechts, die die Lebensrealitäten von Frauen besser berücksichtigt und die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit ausgleicht. Ein möglicher Schritt wäre, die bisher angerechnete Sorgearbeit höher zu bewerten. Zusätzlich sollte auch unbezahlte Sorgearbeit stärker einbezogen werden – über die bisher vorgesehene Anerkennung hinaus. Eine weitere Option wäre die Einführung eines Aufwertungsfaktors im

DAMIT FRAUEN IHRE CHANCEN IM PENSIONSSYSTEM BESSER WAHRNEHMEN KÖNNEN – SOWOHL HEUTE ALS AUCH IN ZUKUNFT – BRAUCHT ES MEHR AUFKLÄRUNG. *Christine Mayrhuber*

Pensionskonto. Damit ließe sich der Gender Pay Gap teilweise ausgleichen – wie aktuelle Simulationen des Wirtschaftsforschungsinstituts zeigen (Eppel et al., 2024).

Aber es existieren auch Handlungsspielräume auf persönlicher Ebene, es gibt Möglichkeiten, etwas zu tun. Schon bei der Berufswahl sollte das künftige Einkommen mitbedacht werden. Auch gleich zu Beginn eines Jobs sind selbstbewusste Gehaltsverhandlungen wichtig. Wer Teilzeit arbeitet, sollte möglichst viele Stunden vereinbaren. Wichtig ist auch, sich zu Hause die Arbeit mit dem Partner oder der Partnerin gerecht zu teilen. Eine weitere Möglichkeit ist das Pensionsplitting. Beim Pensionsplitting können bei einem Kind für bis zu sieben Jahre Teile der Pensionsansprüche vom verdienenden Elternteil auf den betreuenden Elternteil übertragen werden – bis zur Hälfte. Das Splitting dämpft die Pensionslücke durch Kinderbetreuung.

Zahlreiche Möglichkeiten zur Verbesserung der eigenen Pensionsansprüche sind vielen Frauen unbekannt. Der Grund: Informationen darüber sind oft

schwer zugänglich oder gar nicht bekannt. Maßnahmen wie Pensionsplitting, freiwillige Zusatzversicherungen oder Nach- und Weiterversicherungen müssen aktiv beantragt werden, hier sind die Versicherungsträger gefordert. Information, besonders im Bereich der Pensionsversicherung, ist eine Bringschuld der Versicherung und nicht eine Holschuld der Frauen.

Damit Frauen ihre Chancen im Pensionssystem besser wahrnehmen können – sowohl heute als auch in Zukunft – braucht es mehr Aufklärung. Ein fun-

diertes Verständnis für das Pensionssystem, also mehr Wissen über Rechte und Optionen, ist entscheidend. Nur so lassen sich finanzielle Nachteile der Frauen im Alter verringern. Es bleibt viel zu tun. ■

Quellen und weiterführende Literatur:

- BKA (2024), Gleichstellung in Österreich – Zahlen, Daten und Fakten, <https://www.bmfwf.gv.at/frauen-und-gleichstellung/gender-mainstreaming-und-budgeting/gender-daten-index.html>
- Statistik Austria (2024), Verdienststrukturerhebung 2019/20, <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/verdienststruktur>
- Statistik Austria (2024): EU-SILC 2024, https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/Tabelleband_EUSILC_2024.pdf
- Böheim, R., Fink, M., Zulehner, Ch. (2025), Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Österreich von 2011 bis 2023, <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57411930>
- Eppel, Rainer, Fink, Marian, Horvath, Thomas, Mayrhuber, Christine, Rocha-Akis Silvia, Simulation von Änderungen des Pensionssystems auf die Höhe der Alterseinkommen und den Gender Pension Gap in Österreich, WIFO-Studie, 2024 <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/53526411>

Zum Tod von Papst Franziskus

Ein Nachruf von Ernst Furlinger

Ernst Furlinger, Religionswissenschaftler an der Universität für Weiterbildung Krems, hat sich 2023 in seinem Buch „Handwerker der Hoffnung. Papst Franziskus und der interreligiöse Dialog“ ausführlich mit Leben und Wirken des verstorbenen Papstes auseinandergesetzt. Für ZeitZeichen hat er folgenden Nachruf verfasst.

Als 17-jähriger Chemiker hatte Jorge Bergoglio am 21. September 1953 in Buenos Aires eine spirituelle Erfahrung, im Zusammenhang mit dem Besuch der leeren Kirche seiner Pfarrgemeinde. Eine solche Erfahrung ist immer völlig unerwartet, plötzlich, kurz – aber derart intensiv, dass es das ganze Leben aus der Bahn wirft und das Bild der Welt verändert. Es ist ein „Berührtwerden“ von „dem“ – was letztlich passiert, bleibt unbeschreiblich. Für einen Moment öffnet sich ein Spalt, und das eigentliche Wesen der Realität (einschließlich von einem selbst, das eins ist damit) kommt zum Vorschein, erfahren als ultimative Freude.



Ernst Furlinger: „Franziskus wendete die kritische Kraft des ursprünglich Christlichen an... fast spielerisch.“ FOTO: ANDREA REISCHER

Diese Erfahrung bildet den Hintergrund, warum er als Motto seines bischöflichen Wappens, das er als Papst beibehielt, wählte: „Miserando atque eligendo“ (ihn erbarmend erwählt),

das sich auf die Berufung von Matthäus durch Jesus (Mt 9,9) bezieht. Die Persönlichkeit, das Wirken von Bergoglio ist nur von diesem spirituellen „Urknall“ zu verstehen: die Erfahrung, dass eine geistige Realität/Gott tatsächlich existiert, und die geheimnisvolle Mitte der Person unmittelbar berühren kann. Atemberaubend: ein Mystiker und Befreiungstheologe (der argentinischen Variante „Theologie des Volkes“) betrat den Stuhl Petri. Inmitten der historischen Verkrustungen der Institution machte er die frische ursprüngliche Quelle sichtbar: der Nazarener und sein „Evangelium der Freude“, der die Armen seliggepriesen hat, die Friedfertigen, Machtlosen.

Franziskus wendete die kritische Kraft des ursprünglich Christlichen an, mit großer Gelassenheit, Klarheit, Entschiedenheit, Freiheit, Leichtigkeit – fast spielerisch. Das Salz wurde wieder salzig, das Licht auf dem Berg wieder erkennbar.

Auf der Seite der Ausgeschlossenen, Unsichtbaren, Weggeworfenen nutzte Franziskus die globale Bühne des Papstamts, um den radikalen Kontrapunkt des Evangeliums gegen machtvolle Entwicklungen der Gegenwart zu setzen: gegen die sich aufbauende Macht des „Cyber-Faschismus“ (H. Wagenaar) des digitalen Kapitalismus; gegen den aggressiven staats- und demokratiefeindlichen Libertarismus der Tech-Eliten wie Peter Thiel, der teilweise mit religiösem Zungenschlag operiert; gegen die skandalöse globale soziale Ungleichheit; gegen die Über-Macht der fossilen Industrie, die sich politische Marionetten wie Trump mit riesigen Wahlkampfspenden kauft; gegen das



Franziskus, Brückenbauer hin zu den Verletzlichsten, Vergessenen FOTO: PIXABAY/GUNTHER SIMMERMACHER

Ignorieren des Völkerrechts und die Durchsetzung des Rechts des Stärkeren; gegen „Volksgemeinschafts“-Fantasien und Fremdenhass; gegen den Aufstieg von religiösem Fundamentalismus, Missbrauch von Religion für Gewalt und nationalistischer Religiosität; gegen den schleichenden Kollaps des globalen Klimasystems und dessen Verleugnung, usw.

All dem setzte sich der argentinische Papst – der Pontifex (übersetzt: Brückenbauer – Anm.d.R.) gerade zu den Verletzlichsten, Vergessenen – entgegen, mit Mut und Hoffnung. ■

Er war der Unterschied

Zur Bedeutung von Marcel Callo für die KAB heute

„Das Lebenszeugnis von Marcel Callo hat uns – die Aktivist:innen und Verantwortlichen der Katholischen Arbeiter:innenjugend der 80er Jahre - von Beginn an stark beeindruckt. Christ:innen, die wegen ihres Widerstands Opfer des Nationalsozialismus wurden, waren ja viele bekannt, aber dass ein junger französischer KAJ-ler, darunter war, ist uns in der Vorbereitung des Seligsprechungsprozesses, wesentlich durch Bischof Maximilian Aichern nahegebracht worden“: Rede von ANNA WALL-STRASSER bei der Gedenkfeier anlässlich des 80. Todestages von Marcel Callo im April 2025 in St. Georgen an der Gusen.

„Die explizite Frömmigkeit dieses jungen Franzosen hatte damals für die jungen österreichischen KAJ-ler auch etwas Fremdes an sich. Die Prägung in einer tief katholischen Arbeiterfamilie im Frankreich der 30er-Jahre mit den traditionellen Frömmigkeitsformen war auf österreichischem Hintergrund - mit Blick auf die Zuspitzung der politischen Spaltung und der massiven Entfremdung der Arbeiterschaft von der Kirche in den 30er-Jahren - nicht so leicht vorstellbar. Sehr wohl nachzuvollziehen war jedoch die Prägung durch die KAJ, das haben die jungen Leute auch hier sofort verstanden. Als Arbeiter zum Apostel berufen zu sein, am Ort der Arbeit und im Lebensumfeld das Evangelium zu leben und die Würde eines jeden Menschen hoch zu halten, war auch jedem KAJ-ler, jeder KAJ-lerin in Österreich wichtig, gehörte quasi zur DNA. ‚Jeder junge Arbeiter, jede junge Arbeiterin ist mehr wert als alles Gold der Erde‘. Und jeder junge Arbeiter, jede junge Arbeiterin hat eine Berufung, er:sie ist berufen, seinem:ihrem Leben einen Sinn zu geben und Verantwortung zu übernehmen, nicht nur für sich selbst, sondern für die Menschen rundum, für die Gestaltung der Arbeitswelt und der Gesellschaft. Missionarisch Sein war/ist immer schon ein Merkmal der KAJ, genauso wie das solidarisch Sein. Solidarität ist ein großes Wort, ein Schlüsselbegriff der Katholischen Soziallehre. Für Marcel Callo bedeutete

Solidarität vorerst das Mit-Sein mit den Arbeiterkollegen im Betrieb. Er nannte sie ‚Brüder‘, und das hieß, füreinander verantwortlich zu sein. Für Marcel Callo ging das so weit, dass er

der heutige Slogan dazu. In einer Arbeitswelt, die gnadenlos der kapitalistischen Verwertungslogik unterliegt, wo Arbeit in der Hierarchie der Märkte an unterster Stelle rangiert und in Folge die



Anna Wall-Strasser: „Die heutigen Herausforderungen sind groß. Aber wir leben hier in einem demokratischen und reichen Land, in politischer Freiheit.“ FOTO: KAB

seine Deportation in die auf Vernichtung ausgerichteten nationalsozialistischen Arbeitslager auf sich nahm. **Mensch-Sein am Arbeitsplatz** Im Betrieb, am Arbeitsplatz die eigene Berufung zu leben, damit genau da Menschlichkeit und Würde erfahrbar wird, ist bis heute ein zentraler Auftrag in der christlichen Arbeiter:innenbewegung. „Hier arbeitet ein Mensch“ lautet

Menschen immer mehr erschöpft sind, ist das, so denke ich, eine angemessene Aktualisierung dessen, was Marcel Callo in seiner Zeit so leidenschaftlich verfolgte. Für dieses Mensch-Sein kann sich jede und jeder verantwortlich fühlen und ganz individuell seinen und ihren Beitrag leisten. Es braucht aber auch eine grundlegende Änderung der Strukturen – in diese Richtung haben sich KAJ und KAB folgerichtig in

den 70er- und 80er-Jahren, auch in Reflexion und Aufarbeitung der Nazizeit, politisiert - was von der Kirchenleitung nicht sonderlich goutiert wurde. Marcel Callo war ein zutiefst Glaubender. Er hielt fest an seinem Glauben, und sein Glaube hielt ihn fest. Er gab ihm Halt, er fühlte sich gehalten auch in den schrecklichsten Verhältnissen.

Aus dem Glauben heraus einen Unterschied machen

Was bedeutet dieses Martyrium für uns heute? Ich meine, genau das: dass aus dem Glauben, aus einer inneren Haltung ein Verhalten folgt, das in den herrschenden Verhältnissen einen Unterschied macht und damit die Verhältnisse ändert. In einer Umgebung von für uns unvorstellbarer Bösartigkeit war Marcel Callo gut. Durch ein Lächeln, durch seinen Zuspruch gab er Hoffnung. Das machte einen Unterschied. Er war der Unterschied. Das ist es, was auch heute gilt: aus einer tiefen jesuanischen Glaubenshaltung uns so zu verhalten, dass es einen Unterschied macht, und dadurch Verhältnisse zu ändern.

Was der KAB wichtig ist

Ich möchte ein paar Beispiele geben, was der KAB in Österreich, und den christlichen Arbeiterbewegungen in Europa, in der Welt, wichtig ist. Die KAJ und KAB sind ja internationale Bewegungen, solidarisch vernetzt und in regelmäßigem Austausch:

- am Arbeitsplatz kollegial und menschlich zu sein, zu allen, ohne Ansinnen der betrieblichen Hierarchie
- aufmerksam zu sein, wo Unrecht geschieht, und sich solidarisch zu zeigen mit denen, die es schwerer haben
- einzutreten für Integration und Inklusion, das gilt für Menschen die aus anderen Ländern zu uns flüchten ebenso

wie für Beeinträchtigte und Kranke

- die Menschenrechte, die Gleichheit aller zu verteidigen und hochzuhalten, gegen jede opportunistische Relativierung
- für gerechte Löhne einzutreten, prekäre Arbeitsverhältnisse als das zu bezeichnen, was sie sind – menschenunwürdig und eine Barriere für ein gutes Leben
- mitzudenken und aktiv zu sein für die nachhaltige soziale und umweltgerechte Transformation der Arbeit und der Wirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und am Erhalt der Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen
- vom Frieden zu reden, den Frieden zu suchen, gewaltfreie Wege zur Konfliktlösung zu fordern und jeder Kriegstreiberei entschieden entgegenzutreten
- die Demokratie zu verteidigen, sich einzubringen in die Debatte wie sich unsere Gesellschaft entwickeln soll – am Stammtisch, in der Gemeinde,... dort, wo ich lebe, mit meinen Möglichkeiten sich gegen alle Gefährdungen der Demokratie und gegen jedwede Totalitarismen zu engagieren

Die heutigen Herausforderungen sind groß. Aber wir leben hier in einem de-



Anna Wall-Strasser über Marcel Callo: „Durch ein Lächeln, durch seinen Zuspruch gab er Hoffnung. Das machte einen Unterschied. Er war der Unterschied.“ FOTO: PRIVAT

mokratischen und reichen Land, in politischer Freiheit.

Marcel Callo hat in den schrecklichen Verhältnissen der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie Widerstand geleistet. Sein Glaube hat ihn gehalten, und er hat hartnäckig festgehalten an seiner solidarischen Menschlichkeit. Das machte einen Unterschied, für ihn selber und die die mit ihm waren. Es macht einen Unterschied bis zu uns, für uns heute. Marcel Callo hat in jeder Phase seines kurzen und so intensiven Lebens geglaubt, gehofft, geliebt. Und er hat das in seinem Verhalten zum Ausdruck gebracht. Sein Lebenszeugnis ist und bleibt uns Auftrag. ■

A yellow poster for an event titled 'FEST FÜR DIE ERDE'. It features a globe, musical notes, and a large brass instrument. The text on the poster includes the date '4. Oktober 2025 in Linz' and the website 'www.festfuerdieerde.at'. To the right of the poster, there is text in German: 'Die Katholische Aktion und Kooperationspartner:innen laden ein zum FEST FÜR DIE ERDE inklusive Songwriting Contest im Vorfeld: alle Infos unter www.festfuerdieerde.at'.

Herausforderungen und Erfolge

Entwicklungen in der KAB Wien von 2021 bis 2025

PHILIPP KUHLMANN, Vorsitzender der Katholischen Arbeitnehmer:innen-Bewegung der Erzdiözese Wien, blickt auf Herausforderungen und Erfolge während der vergangenen vier Jahre zurück und skizziert die Rahmenbedingungen für die Zukunft der KAB.

Über einen Mangel an Herausforderungen kann sich die Gesellschaft schon einige Jahre nicht beklagen. Das gilt für die KAB Wien genauso. Als wir im Herbst 2021 mit einem Jahr Verspätung unseren Diözesantag abhielten, ging die Covid-19-Pandemie ganz langsam in eine entspanntere Phase, der Krieg in der Ukraine lief seit 2014, interessierte damals aber niemanden wirklich und Energiepreise und Inflation waren auf damals gewohntem Niveau.

Dass sich die Welt ändert und wir darauf reagieren müssen, war aber schon damals klar. In Vorbereitung auf die Zeit mit dem Nachfolger von Kardinal Schönborn (manches ändert sich halt

dann doch nicht so schnell...) kam von der Katholischen Aktion Wien der Impuls für die Bewegungen, sich vor dem Hintergrund von Einsparungen in Höhe von 30% über ihre Schwerpunkte und Ziele Klarheit zu verschaffen.

Prozess zum Profil

Begleitet vom externen Berater Walter Sumetzberger haben viele (auch externe, um die Sicht von außen auf die KAB zu berücksichtigen) bei mehreren Terminen mitgearbeitet. Intensiv waren Fritz Krull, Hans Lechner, Rupert Schöber, Gabriele Kienesberger und Philipp Kuhlmann involviert. Die grundsätzliche Ausrichtung auf vier Projekte wurde am 18. September 2021 vom Diözesantag beschlossen.

Die Projekte im Überblick:

Die **Lebens- und Berufsnavigation** hat mehrmals unter der Leitung von Katja Vlcek stattgefunden, und in

Philipp Kuhlmann: „Über einen Mangel an Herausforderungen kann sich die Gesellschaft schon einige Jahre nicht beklagen. Das gilt für die KAB Wien genauso.“ FOTO: PRIVAT

Summe haben ca. 20 Personen teilgenommen. Die Rückmeldungen sind immer sehr positiv, und auch die Vernetzungen mit ähnlichen Projekten in anderen Diözesen sind hilfreich. Leider ist, wie auch in den anderen Diözesen, eine Tendenz zu kurzfristigen Anmeldungen erkennbar, die die Planung und Durchführung erschweren bzw. ist die Bewerbung des Angebots herausfordernd.

Der **Katholische Arbeiterverein auf der Landstraße** hat spannende Jahre erlebt: Bisher kaum bekannte Schwankungen bei Energiekosten haben den Verein vor neue Herausforderungen gestellt. Dank unseres umsichtigen Verwalters James Charles Petschinger stehen beide Häuser in der Göllnergasse aber sehr gut da, und auch die Auslastung steigt wieder kontinuierlich. Seit Ende 2024 gibt es eine Kooperation mit der „Österreichischen Jungarbeiter Bewegung“, die umfangreiche Erfahrung von über 40 Objekten und mehr als 800 Beschäftigten bietet. Diese Kooperation wird laufend vertieft, und wir sehen, dass KAB bzw. KAV und ÖJAB ähnliche Werte vertreten und einander gut ergänzen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die **Wiener Sonntagsallianz**: Hier ist die KAB Wien vor allem mit der Gewerkschaft GPA aktiv und nutzt jedes Jahr mehrere Veranstaltungen wie die Lange Nacht der Kirchen, Volksstimmefest, Termine der Gewerkschaften etc. für Informationsstände. Mit dem Wechsel von Philipp Kuhlmann auf die Bundesebene Mitte 2023 ist nun Antonia Indrak-Rabl vom Katholischen Familienverband Wien kirchliche Sprecherin.



Unser erfolgreichstes Projekt ist schon länger unser **Mentoringprojekt „Hands on“**, und das liegt zum überwiegenden Teil am Engagement von Eva Rosewich, der Geschäftsführerin. Trotz teils widriger Umstände, was die Planbarkeit und Finanzierung betrifft, war es ihr möglich, die Anzahl der Mentoringpaare über die vier Jahre konstant zu halten, laufend die Qualität zu verbessern (Onboarding-Prozess, Super- und Intervision, Datenbank der Mentees und Mentor:innen etc.), Kooperationen mit Firmen einzugehen und die Vernetzung vieler ähnlicher Vereine zu betreiben. Weiters arbeitet sie noch beim Dachverband „Mentoring Austria“ im Vorstand mit. Zusätzlich zu diesen vier Projekten ist das Vikariat Süd sehr aktiv mit der Barbrafeier in Ternitz, Studientagen und Wallfahrten.

Auf diözesaner Ebene finden seit Jahrzehnten Veranstaltungen wie die Barbrafeier in Matzen oder die Wallfahrt nach Mariazell statt. Kooperationen mit anderen KA Bewegungen sind Pfarrge-

Fortsetzung des Beitrags von S. 7 ▶

Die Frage an uns Christ:innen lautet somit: Wenn wir hinnehmen, dass Menschen ihre Gesundheit, Sicherheit und Zukunft für schnelle Lieferungen opfern, welche Werte sind uns dann als Glaubensgemeinschaft noch heilig? Wo bleibt unsere Solidarität mit den Schwächsten?

Menschenwürdige Arbeit als Teil unserer Kultur

Wer glaubt, der Trend, arbeitende Menschen in die „Working Poor“ zu drängen, betreffe nur marginalisierte

meinde fairwandeln oder Kooperationsveranstaltungen jeweils rund um den Frauentag, wo wir uns in den letzten zwei Jahren über jeweils einen voll besetzten Stephani-Saal mit dem „Theater der Unterdrückten“ und deren „Forumtheater“ freuen konnten. Vielfältige Vernetzungen zu Sorgearbeit und weiteren gesellschaftspolitischen Themen runden das Engagement ab.

Organisatorisches

Die Anzahl der Mitglieder ist (vor allem wegen deren Altersstruktur) von 2021 auf 2025 um gut 220 Mitglieder auf 1.343 gesunken.

Bei der hauptamtlichen Unterstützung gab es eine Reduktion bis 2021 um 30%, was für die KAB Wien eine Einsparung von 40 auf 28 Wochenstunden bedeutet hat. Für 2025 gab es eine neuerliche Kürzung von 20% Personal- und Sachaufwand, die beim Personal durch exzellentes Fundraising durch Maria Langmaier und Eva Rosewich aufgefangen werden konnten. Erfreulich war auch, dass „Hands on Mentoring“ länger als erwartet von der Erz-

diözese Wien mit 20 Wochenstunden gefördert wurde.

Beim Sachbudget ist der reale Rückgang über die letzten Jahre (Inflation seit 2020 von ca. 24%!) allerdings substantiell, und 50% Kürzungen beim Personal sind mehr als nur herausfordernd. Umso wichtiger ist die laufende Unterstützung durch Spenden seitens der Mitglieder. ■

TERMINAVISO

Wir laden herzlich ein zum KAB Wien Diözesantag 2025!

Wann:

Samstag, 20. September 2025, 10:00 Uhr bis 16:00 Uhr, anschließend Gottesdienst

Wo:

Pfarrsaal der Keplerkirche St. Johann Evangelist, Keplerplatz 6, 1100 Wien

Neben Rechenschaftsberichten und Neuwahl der Diözesanleitung, steht die inhaltliche Ausrichtung und die Weiterarbeit im Mittelpunkt.

Die prekäre Arbeit bei Lieferdiensten steht sinnbildlich für moderne, zweifelhafte Arbeitsverhältnisse. Von Personentransport bis zur Reinigung, ja sogar in der Pflege findet Plattformarbeit Anklang bei Unternehmen – und Konsument:innen. Die „Geiz ist geil“-Mentalität greift um sich und gibt uns als katholischer Arbeiter:innenbewegung eine klare Aufgabe: Jene zu stärken, die am Rande stehen. Denn eine gerechte Gesellschaft beginnt dort, wo wir die Unsichtbaren sichtbar machen und ihnen jene Anerkennung geben, die sie verdienen. ■

IMPRESSUM: Medieninhaber:in (Verleger:in): Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6 Herausgeber:in: Katholische Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 0664/6217198, kab.office@kaoe.at Geschäftsführung: Mag.ª Gabriele Kienesberger Chefredakteur:in: Mag.ª Elisabeth Ohnemus Redaktionsteam: Mag.ª Gabriele Kienesberger, Maria Langmaier, MSc, Anneliese Pieber DSA, Mag.ª Anna Wall-Strasser Verwaltung/Anzeigen: Mag.ª Gabriele Kienesberger Layout: Karin Weiß, weisskarin@gmx.at Lektorat: Mag.ª Wilhelmine Deschberger, Dr.ª Sonja Meißl. Hersteller:in und Expedit: Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg Bankverbindung: Schelhammer Capital, BIC: BSSWATWW, IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659

Im Jubiläumsjahr Förderabonnent:in des ZeitZeichens werden!



*Liebe Abonentin, lieber Abonnent,
liebe Leserin, lieber Leser des KABÖ – ZeitZeichens,*

auch im Jubiläumsjahr 2025 unterbreitet das Redaktionsteam 4 inhaltsreiche ZeitZeichen-Ausgaben. Mit Themen, die Herausforderungen in der Arbeitswelt ansprechen, mit wissenschaftlich fundierter Analyse und an der christlichen Soziallehre orientiert, wecken wir Neugier, erweitern den Wissenshorizont und bereiten hoffentlich auch Lesevergnügen.

Lest, abonniert, unterstützt uns, denn nur so können wir auch weiterhin das ZeitZeichen als Printausgabe unter die Leute bringen. In den letzten beiden Jahren waren Wagner und Mandelbaumverlag großzügige Buchspender. Nochmals vielen Dank dafür! Heuer unterstützt der ÖGB Verlag unsere Förderaktion mit aktueller arbeitswelt- und sozialbezogener Sachliteratur.



Für eine Spende von 50 Euro Förderabonnement oder 150 Euro Gönnerabonnement könnt ihr aus folgendem Buchbestand des ÖGB Verlags ein Exemplar wählen.

- Betina Aumair/Brigitte Theißl:**
Klassenreise. Wie die soziale Herkunft unser Leben prägt.
- Michael Soder:**
Eine Grüne Revolution. Eine neue Wirtschaftspolitik in Zeiten der Klimakrise.
- Natascha Strobl/Michael Mazohl:**
Klassenkampf von oben. Angriffspunkte, Hintergründe und rhetorische Tricks.
- Nikolaus Dimmel:**
Dach über dem Kopf. Wohnungsfragen in DACH-Gesellschaften (Deutschland, Österreich u. Schweiz).
- Veronika Bohrn Mena:**
Die neue ArbeiterInnenklasse. Menschen in prekären Verhältnissen.
- Veronika Bohrn Mena:**
Leistungsklasse. Wie Frauen uns unbedankt und unerkannt durch alle Krisen tragen.

Werde/bleibe Jahresabonnent:in

(4 Hefte) € 17,- (wie bisher)

Werde Förderabonnent:in

(4 Hefte) € 50,-

Gönner:in € 150,-

Als Dankeschön gibt es zu jedem Förder- und Gönner:innenabo ein Buch nach Wahl aus dem ÖGB-Verlag!

Abo
schon ab
€ 17

IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659 Vielen Dank!
Bitte macht auch Freund:innen und Bekannte auf das ZeitZeichen aufmerksam oder verschenkt ein Abo!

Österreichische Post AG
MZ 02Z031417 M
Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien